



Der SPD-Senat ist nun etabliert, die 100 Tage Frist lange vorbei und die Haushaltsentscheidungen stehen bevor. Einkommenskürzungen, Personalabbau und Arbeitsverdichtung sind für den gesamten öffentlichen Dienst zu befürchten.

Der Bildungsbereich wird da nicht ausgenommen – im Gegenteil, dieser größte Bereich des öffentlichen Dienstes ist besonders betroffen. Die Weihnachtsgeldkürzungen der BeamtInnen sind und bleiben ein dreister Einkommensklaue, gegen den wir uns weiterhin wehren müssen. Die Vorgaben der Schuldenbremse werden zu Personalabbau auch im Bildungsbereich führen. Auch wenn von Personalkürzungen die Lehrkräfte, die unterrichten, ausgenommen sein sollen, ist die Personalreduzierung in der Verwaltung und z.B. in der Lehrerfortbildung vorprogrammiert bzw. bereits beschlossen. Darüber hinaus ist eine Personalkostensteigerung von 0,88 % auf Dauer nicht ohne Reduzierungen auch bei den Lehrkräften möglich – es sei denn durch weiteren Realeinkommensrückgang.

Die Mär vom aufgeblähten öffentlichen Dienst in Hamburg wird durch ständiges Wiederholen nicht wahr, der Personalabbau und die Schrumpfung in den letzten 15 Jahre haben zu einem für viele BürgerInnen spürbaren Qualitätsverlust staatlicher Leistungen geführt, sei es im Straßenbau, beim Erhalt der Schulen und Universitätsgebäuden oder bei den immer stärker eingeschränkten Dienstleistungen der

Behörden und Ämter. Die vom 1. Bürgermeister angestoßene Debatte um eine moderne, zukunftsorientierte Großstadtpolitik kommt an der Tatsache nicht vorbei, dass statt Hochhäuser zu bauen vor allem hervorragende Bildungsangebote und eine soziale Infrastruktur entscheidend für die Zukunftsfähigkeit von Metropolen ist.

Die Beschäftigten im Bildungsbereich haben die Personaleinsparungen mit immer stärker steigender Mehrarbeit, z.B., durch die Einführung des Arbeitszeitmodells für Lehrkräfte, zu spüren bekommen und viele unserer Kolleginnen und Kollegen sind am Ende ihrer Kräfte. Jetzt, wo viele in Ruhestand gehen, zeigen sich erste Engpässe bei der Einstellung neuer LehrerInnen. Schulen in vermeintlich ungünstigeren Lagen finden immer schwerer Nachwuchs, besonders in Mangelfächern tun sich an vielen Schulen dramatische Lücken auf. Die Konkurrenz um Lehrkräfte zwischen den Bundesländern wird sich weiter verschärfen. Da ist eine

außer wohlfeilen Erklärungen und programmatischen Entwürfen für die Zukunft nicht einmal im Ansatz darangegangen wird, endlich die Einnahmensituation durch eine gerechtere Steuerpolitik, durch höhere Spitzensteuersätze, Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer und Börsenumsatzsteuer nachhaltig zu verbessern. Nur so aber kann Hamburg seine Bildungsausgaben auf ein durchschnittliches internationales Niveau anheben und die dringendsten Verbesserungen an Kitas, Schulen und Hochschulen finanzieren.

Die Haushaltsberatungen werden wir gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften zum Anlass nehmen, um unseren Widerstand gegen diese schädliche Sparpolitik auszudrücken. Je mehr und je deutlicher wir unser Nein zu dieser Politik artikulieren, desto eher wird es uns gelingen, die nächste Runde der Einsparungen und die weitere Schrumpfung des öffentlichen Dienstes zu verhindern.

Noch sind die Haushaltsentscheidungen in der Bürgerschaft

Klaus Bullan

Öffentlicher Dienst unter Druck

Einkommenskürzung in einem teuren Land wie Hamburg ebenso ein Konkurrenznachteil wie das Mehrarbeitszeitmodell, das es nur hier gibt.

Die Sparpolitik ist nicht nur volkswirtschaftlich unsinnig, weil sie die Schwäche der Binnenachfrage zusätzlich verschärft, sondern sie ist auch überflüssig, weil die Steuereinnahmen nicht zurückgehen, sondern munter sprudeln. Milliarden an Mehreinnahmen werden für den öffentlichen Haushalt Hamburgs in den nächsten Jahren erwartet. Und das, obwohl

nicht gefallen und die öffentlichen Anhörungen sind eine gute Gelegenheit, allen Abgeordneten unsere Einwände deutlich zu machen.

In Personalarätekonferenzen am 19. 9. werden wir weiter Widerstand mobilisieren und dies am Gewerkschaftstag am 24. Oktober fortsetzen. Je mehr bei einer machtvollen Kundgebung zu den Haushaltsentscheidungen Ende Oktober/Anfang November auf Hamburgs Straßen sind, umso schwerer wird es den Abgeordneten fallen, diesen Kürzungen zuzustimmen.